

Beate Hoecker (Hrsg.)

**Politische Partizipation
zwischen Konvention und Protest
Eine studienorientierte Einführung**

Verlag Barbara Budrich, Opladen 2006

Vorwort

Die Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen am politischen Prozess zählt zu den wichtigsten Merkmalen einer Demokratie. Studien zur politischen Partizipation haben insofern eine lange Tradition innerhalb der Politikwissenschaft, und wir verfügen inzwischen über ein breites Fundament an gesicherten Erkenntnissen zur politischen Beteiligung in ihren vielfältigen Formen.

Um so mehr muss es verwundern, dass bislang eine deutschsprachige Publikation fehlt, die diesen Wissensstand gebündelt präsentiert. Der vorliegende Sammelband will diese Lücke – zumindest ansatzweise – schließen. Er richtet sich vorrangig an Studierende und zielt darauf ab, einen umfassenden Überblick zu Entwicklungen und Erklärungsansätzen der politischen Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland zu vermitteln. Wenn das Buch darüber hinaus zu einer vertiefenden Auseinandersetzung mit einer keineswegs trockenen, sondern überaus spannenden Thematik motivieren könnte, dann wäre das ein schöner Erfolg.

Konzipiert als eine Einführung in das breite Feld der Partizipationsforschung werden auf der Basis theoretischer wie methodischer Grundlagen die unterschiedlichen Formen politischer Beteiligung beleuchtet. Die einzelnen Beiträge analysieren u.a. Wahlbeteiligung und Wahlscheidung, partizipative Partizipation, direktdemokratische Beteiligung sowie Protestverhalten. Daneben wird auch das politische Verhalten ausgewählter Bevölkerungsgruppen in den Blick genommen, und abschließend finden sich Perspektiven der politischen Partizipation.

Über das große Interesse und die spontane Bereitschaft der Autoren und Autorinnen, trotz zahlreicher anderer Verpflichtungen an diesem Buch mitzuwirken, habe ich mich sehr gefreut. Ihnen allen gilt mein besonderer Dank! Und nicht zuletzt freut es mich auch, dass die langjährige, gute Zusammenarbeit mit der Verlegerin *Barbara Budrich* eine Fortsetzung gefunden hat.

Hannover, im Januar 2006

Beate Hocker

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Ein Titeldatensatz für die Publikation ist bei Der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2006 Verlag Barbara Budrich, Opladen

www.budrich-verlag.de

ISBN 10: 3-938094-33-8

ISBN 13: 978-3-938094-33-4

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disegno.de

Satz: Johanna Boy, Brennberg

Druck: DruckPartner Rütbelmann, Hemsbach

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort V

I. Einführung 1

Kapitel 1
 Politische Partizipation: systematische Einführung
Beate Hoecker 3

II. Institutionalisierte Formen politischer Partizipation 21

Kapitel 2
 Wahlverhalten: Wer wählt wen?
Jörg Broschek/Rainer-Olaf Schulze 23

Kapitel 3
 Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender
 politischer Bedeutung
Michael Eifort 55

Kapitel 4
 Partizipation in Parteien: Ein Auslaufmodell?
Elmar Wiesendahl 74

Kapitel 5
 Direktdemokratische Beteiligung in Ländern und Kommunen
Bärbel Marina Weizner 100

Kapitel 6
 Direktdemokratische Beteiligung auf Bundesebene. Die Diskussion
 um die Einführung von Plebisziten in das Grundgesetz
Frank Decker 133

III. Nichtinstitutionalisierte Formen politischer Partizipation . . .	157
Kapitel 7	
Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen	
<i>Brigitte Geißel mit Katja Thillman</i>	159
Kapitel 8	
Politischer Protest in der Bundesrepublik Deutschland: Entwicklungen und Einflussfaktoren	
<i>Dieter Rucht</i>	184
IV. Ausgewählte Aspekte der politischen Partizipation.	209
Kapitel 9	
Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen	
<i>Wolfgang Gaiser, Martina Gille, Johann de Rijke</i>	211
Kapitel 10	
Politische Partizipation von Frauen in Deutschland	
<i>Gesine Fuchs</i>	235
Kapitel 11	
Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen	
<i>Claudia Wiedemann</i>	261
V. Perspektiven	287
Kapitel 12	
Mehr Partizipation via Internet?	
<i>Beate Hoecker</i>	289
Kapitel 13	
Bürgerschaftliches Engagement: Das politisch-soziale Beteiligungsmodell der Zukunft?	
<i>Thomas Gensicke, Sabine Geiss</i>	308
Autoren und Autorinnen	329

I. Einführung

Herausforderungen politischer und sozialer Integration. Wiesbaden: VS Verlag, S.41–64.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (2002): Neue Soziale Bewegungen. In: Greiffenhagen, Martin/Greiffenhagen, Sylvia (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 296–303.

Rucht, Dieter (2003a): NGO's, Internet und Globalisierung. Vortrag am 23.1.2003 im DGB-Bildungszentrum Hattigen (unveröff.).

Rucht, Dieter (2003b): Die Friedendemonstrationen – wer sind sie, wofür stehen sie?. In: Forschungsjournal NSB, Sonderdruck: Konturen der Zivilgesellschaft, Zur Profilierung eines Begriffs, 16, 2, S. 10–13.

Stay, Jochen (2005): Generation atrac. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4, S. 455–462.

Uehlinger, Hans-Martin (1988): Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry E. (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge: Harvard University Press.

Weßels, Bernhard (2004): Politische Integration und politisches Engagement. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2004. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 639–648.

Westle, Bettina (1994): Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Breitnschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 137–173.

Westle, Bettina (2006): Politisches Interesse, subjektive politische Kompetenz und politisches Wissen – Eine Fallstudie mit Jugendlichen im Nürnberger Raum. In: Breitnschneider, Frank/Deth, van Jan/Roller, Edeltraud: Jugend und Politik: „Voll normal!“. Wiesbaden: VS Verlag (im Erscheinen).

Kapitel 10

Politische Partizipation von Frauen in Deutschland¹

Gesine Fuchs

1. Einführung: Geschlecht und Politik

Seit der Bundestagswahl vom September 2005 wird Deutschland erstmals von einer Bundeskanzlerin regiert. Trotz dieses historischen Ereignisses ist die politische Partizipation von Frauen weiterhin ein Problem; auch Angela Merckels Weg in dieses Amt war weder geradlinig noch selbstverständlich. Insgesamt sind Frauen an den politischen Prozessen nur marginal bis mittelmäßig beteiligt. Dies ist ein zentrales Problem für Theorie und Praxis der Demokratie. Partizipation an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen ist eine zentrale Voraussetzung für die Legitimität demokratischer Herrschaft: ohne Partizipation keine Demokratie. Sowohl bei einer Input- wie bei einer Outputorientierung ist es wichtig, dass rechtlich und faktisch alle Bevölkerungsgruppen partizipieren können. Für die althergebrachte Partizipationsforschung war die Unterrepräsentation von Frauen lange kein Problem oder sie nahm Frauen im Vergleich zu Männern als Defizitwesen wahr: angeblich politisch weniger interessiert und kompetent sowie mit weniger Ressourcen ausgestattet und aus diesen Gründen politisch weniger aktiv, sei es beim Wählen oder beim Demonstrieren, und darum unterrepräsentiert in Parteien, Parlamenten und Regierungen. Geschlecht wurde hierbei als eine individuelle, isolierte Variable betrachtet. Die feministisch beeinflusste Forschung hat immer wieder verdeutlicht, dass solche individuellen Defizithypothesen nicht ausreichen, um die Unterrepräsentation zu erklären. Vielmehr steht Geschlecht in einem gesellschaftlichen Strukturzusammenhang.

Am Beginn dieses Beitrags steht darum eine kurze Diskussion der Bedeutung von Geschlecht als gesellschaftlichem Verhältnis für die politische Partizipation. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit Begründungs- und Erklärungsmustern für weibliche politische Beteiligung. Das dritte Kapitel zeigt den Stand für die Bundesrepublik Deutschland in Parteien, Parlamenten und Bewegungen auf. Zum Schluss stellt das vierte Kapitel Perspektiven und Ansätze zu einer geschlechtergerechten Partizipation vor.

¹ Ich danke meiner Mutter Elke Fuchs für die Betreuung unserer wunderbaren Tochter Mari, so dass ich diesen Beitrag verfassen konnte.

Geschlecht und Zweigeschlechtlichkeit bilden grundlegende Strukturierungen unserer Gesellschaft. Dabei ist Geschlecht nicht ein natürlich und statisch vorhandenes Merkmal (*sex*) von Personen, sondern es ist ein soziales Konstrukt (*gender*), bei welchem biologische Unterschiede zum Ausgangspunkt für Macht- und Herrschaftsverhältnisse werden:

“... gender is a constitutive element of social relationships based on perceived differences between the sexes, and gender is a primary way of signifying relationships of power” (Scott 1986: 1067).

Geschlecht (und Zweigeschlechtlichkeit) bilden so ein produktives Symbolsystem. Männlichkeit und Weiblichkeit dienen dazu, Personen unterschiedliche Bedeutungen, Fertigkeiten, Ressourcen und Bereiche zuzusprechen. Diese Unterscheidungen bewirken gesellschaftliche Ungleichheiten und Hierarchien. Mittels Theorien und Ideologien, durch Institutionen wie Staat oder Markt sowie durch materielle Bedingungen und Ressourcenverteilung werden Herrschaft und Abhängigkeiten geschaffen, befestigt und reproduziert. Ein zentrales Beispiel ist die Trennung in Öffentlichkeit und Privatsphäre oder die Teilung in produktive und reproduktive Arbeiten. Diese werden Frauen und Männer zugewiesen und schließlich unterschiedlich hoch bewertet. Geschlechterverhältnisse sind also einerseits objektiv vorhandene Strukturen, auf die die Individuen treffen, andererseits werden sie durch das Sprechen und Handeln von Personen selbst immer wieder diskursiv hergestellt – und verändert. Birgit Sauer spricht darum von Geschlecht als strukturierender und strukturierter Struktur (2004: 11).

Die Öffentlichkeit ist folglich keine geschlechtsabstrakte Sphäre, sondern sie hat sich historisch als geschlechtshomogene, als von Männern geprägte und beherrschte Sphäre herausgebildet, die aber in vielfacher Weise auf die private Sphäre bezogen ist.² Auf der Ebene staatlicher Institutionen wirken formelle (z. B. Wahlrecht) und informelle Ausschlussmechanismen von politischer Macht wie Muster der Elitenrekrutierung oder Bevorzugung männlicher Lebensentwürfe. Im Bereich der politischen Kultur ist es die Definition von politisch oder unpolitisch. Durch die Trennung zwischen privat und öffentlich können Männer als politische und Frauen als unpolitische Wesen konstruiert werden. Auch bei der Formung politischer Identitäten und der Interessenformulierung wirkt Geschlecht als Strukturverhältnis mit. Politiken wirken grundsätzlich auch auf Geschlechterverhältnisse ein bzw. haben für die Geschlechter unterschiedliche Auswirkungen. Wenn wir die politische Partizipation von Frauen untersuchen, ist es darum wichtig, die geschlechtsspezifische Strukturierung dieser Sphäre in die Analyse einzubeziehen und zu analysieren, wie die Ge-

schlechterverhältnisse die Partizipation prägen und beeinflussen. Der Slogan der Frauenbewegung „Das Private ist politisch“ hat diese Überlegungen gut auf den Punkt gebracht. Die Verhältnisse in der Privatsphäre sind sehr wohl Gegenstand politischer Regulierung und von Dominanzverhältnissen, etwa in Form wohlfahrtsstaatlicher Arrangements oder durch geschlechtshierarchische Sozialisation. Vornehmlich Frauen erbringen in der Privatsphäre Erziehungs- und Reproduktionsarbeiten, die ein (männliches) Engagement in der Erwerbsarbeit oder der Politik erst ermöglichen. Auch ist die Privatsphäre kein rechtsfreier Raum, sondern Grundrechte auf körperliche Unversehrtheit, Autonomie und Teilhabe gelten auch hier.

2. Begründungs- und Erklärungsmuster für die politische Partizipation von Frauen

2.1 Begründungsmuster

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion tauchen drei grundlegende Begründungsmuster für eine ausgewogene Beteiligung beider Geschlechter in politischen Gremien und Entscheidungspositionen auf. In der politischen Praxis überwiegt der Mix mehrerer Argumente.

Im **Partizipationsatz** wird aus dem Grundsatz der politischen Gleichheit und Gerechtigkeit abgeleitet, dass Frauen und Männer sich an Politik beteiligen sollen. Männliche Dominanz in Gremien sei unfair. Dieser Ansatz knüpft unmittelbar an demokratietheoretische Postulate an: Alle von politischen Entscheidungen Betroffenen bzw. Gruppen müssen rechtlich und faktisch die Möglichkeit haben, sich an ihrem Zustandekommen zu beteiligen. Die Forderung nach Gleichheit und Gerechtigkeit ist einer der stärksten Argumente für die gleichberechtigte politische Teilhabe der Geschlechter (vgl. Phillips 1994).

Table 1: Begründungsmuster politischer Partizipation von Frauen

Argument	Mögliche politische Strategien
Partizipationsatz: Gleichheit und Gerechtigkeit	<ul style="list-style-type: none"> Frauen und Männer haben die gleichen Rechte, an politischen Entscheidungen teilzunehmen Quoten für Mandate und positive Frauenfördermaßnahmen
Inputorientierung	<ul style="list-style-type: none"> und sie zu beeinflussen. Kandidatenlisten Die Monopolisierung eines Geschlechts ist ungerecht. Bewusstseinsarbeit auch bei Männern, Geschlechterrollen verändern

2 Für eine Einführung in diese Grundfragen geschlechtersensibler Politikwissenschaft empfohlen: Braun et al. 2000, Rosenberger/Sauer 2004 und die Beiträge auf dem Portal „Gender-Politik Online“ unter www.fu-berlin.de/gpo/

	Argument	Mögliche politische Strategien
Differenzansatz: Fraueninteressen	Weil Frauen andere Interessen als Männer haben, müssen sie am politischen Entscheidungsprozess beteiligt sein, um dessen Qualität zu verbessern.	<ul style="list-style-type: none"> • Gender Mainstreaming • Aufbau von und Arbeit in einer Frauenorganisation
Outputorientierung		
Emanzipationsansatz: Emanzipation und Veränderung des politischen Prozesses	Weil die patriarchale Gesellschaft ein Machtgefälle zwischen Frauen und Männern produziert, müssen diese Strukturen durch politisches Handeln überwunden werden, damit sich eine selbstbestimmte Gesellschaft entwickeln kann.	<ul style="list-style-type: none"> • Doppelstrategie: Das Engagement gegen patriarchale Muster in Bewegungen und Organisationen erzeugt politischen Druck und wird durch parlamentarische Arbeit unterstützt.
Prozess- und Outputorientierung		

Quelle: Fuchs/Hoecker 2004: 2

Das Argument der Fraueninteressen weist darauf hin, dass Interessen von Frauen in männerdominierten Gremien unterdrückt, verschleiert und marginalisiert würden. Unabhängig davon, ob es „objektive Fraueninteressen“ gäbe oder Fraueninteressen sich in einem konkreten Prozess herausbildeten, sei die Anwesenheit von Frauen in politischen Gremien eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für bestimmte Politiken zugunsten von Frauen (vgl. Jonasdottir 1988). Emanzipative Argumente beziehen sich einerseits auf die Überwindung patriarchaler Machtstrukturen, andererseits weisen sie darauf hin, dass vermehrte Beteiligung von Frauen die Qualität demokratischer Entscheidungen erhöhe, eine bessere Balance zwischen Partizipation und Repräsentation sowie eine bessere Rückbindung an die „Basis“ herstellen könne (vgl. Hoecker 1995: 27f. und Phillips 1994: 74–76).

2.2 Zum Begriff der politischen Partizipation

Welche Handlungen als politische Beteiligung gelten sollen und wie diese zu systematisieren sind, war und ist Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion. Eine heute gängige Definition lautet:

„Partizipation in der Politik bedeutet alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (Gemeinde, Land, Bund, evtl. supranationale Ebenen) zu beeinflussen und/oder diese selbst zu treffen“ (Kaase 1994: 442).

Heute wird in der Partizipationsforschung im Allgemeinen zwischen konventionellen und unkonventionellen (auch: verfassten und unverfassten) Formen der

Partizipation unterschieden. Mit konventionell ist die Beteiligung an Wahlen, die Mitarbeit in einer Partei oder das Mandat in einem Parlament gemeint. Als unkonventionell gelten Aktivitäten in einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder auch häufig illegale Protestformen wie wilde Streiks, Besetzungen, Blockaden, Gewalt gegen Sachen. Unkonventionelle Formen sind erst seit einiger Zeit in ihrer demokratischen Funktion akzeptiert. Gegen diese Begriffe hat die feministische Kritik eine Reihe von Einwänden formuliert und Vorschläge für einen weiteren Begriff gemacht (z. B. Sauer 1994. Für einen Überblick Geißel/Petrose 2003: 2–5): Insbesondere wurde kritisiert, dass nur intentionale Handlungen als politisch gelten. Identitätsbildungsprozesse, expressive Handlungsweisen gerade sozialer Bewegungen und gesellschaftliches Engagement, das sich auf die Zivilgesellschaft richtet, hätten nämlich sehr wohl politische bzw. politisierende Konsequenzen. Ein enger Begriff verschleierte die politische und soziale Partizipation von Frauen. Allerdings ist ein sehr breiter Partizipationsbegriff empirisch schlecht handhabbar. Sowohl die Wissenschaft wie die aktive Bevölkerung sieht heute die so genannten konventionellen und unkonventionellen Partizipationsformen zunehmend als parallele und sich gegenseitig ergänzende Aktivitäten an (Bertelsmann-Stiftung 2004: 14). Die Begrifflichkeiten verliere somit an Trennschärfe und Aussagekraft.

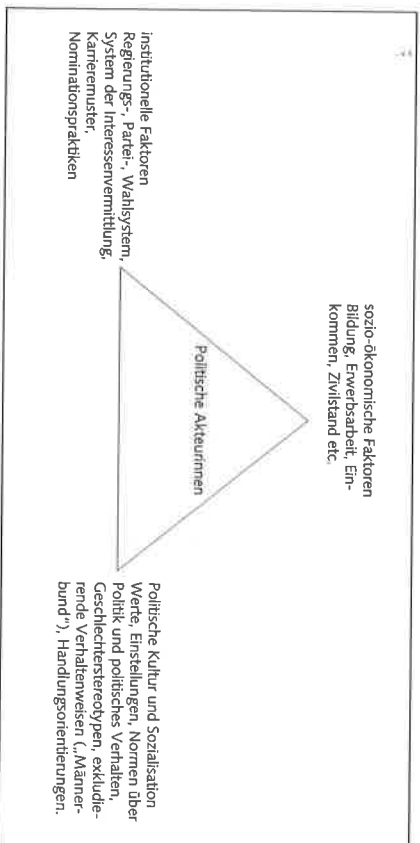
Es ist sinnvoll, die Beziehung zwischen sozialer und politischer Partizipation zu untersuchen, weil damit auch Politisierungsprozesse und die Kontinuität politischer Akteurlinien analysiert werden können. Zudem bietet es sich an, verschiedenartige Partizipationsakte integriert zu betrachten, wenn es um das Entstehen und die Bearbeitung eines politischen Problems im Policy-Zyklus geht. Wie ein Sachverhalt zum politischen Problem wird und mit welchen Methoden und Formen entsprechende Interessen und Forderungen formuliert werden und schließlich auf der politischen Agenda landen und wie diese zwischen Exekutive, Legislative und Zivilgesellschaft bearbeitet werden, lässt sich mit einem geschlechtersensiblen Blick auf Benachteiligungen, Ausschlüsse und spezifische Partizipationsstrategien analysieren.

2.3 Erklärungsansätze für die Unterrepräsentation von Frauen in der Politik: das magische Dreieck der geschlechtersensiblen Partizipationsforschung

Im Gegensatz zum Mainstream weisen genderorientierte WissenschaftlerInnen immer wieder darauf hin, dass Geschlecht nicht eine einzelne Variable ist, um Partizipationsunterschiede zu erklären, sondern dass Geschlechterverhältnisse in vielfältiger Form auf Individuen und in politischen Institutionen wirken (vgl. Kapitel 1). Darum müssen auch verschiedene Erklärungsansätze eingesetzt und aufeinander bezogen werden. Eine Möglichkeit ist das „Magische Dreieck“. Sozioökonomische Strukturen, politische Kultur und Sozialisation

sowie Institutionen sind drei miteinander verbundene Bestimmungsfaktoren für politische Beteiligung. Das konkrete Handeln politischer Akteurinnen wird von ihnen beeinflusst. Umgekehrt können diese versuchen, diese Umstände zu beeinflussen, um ihre Partizipation und Repräsentation zu erhöhen und ihre Ziele durchzusetzen.

Abbildung 1: Das magische Dreieck zur Erklärung der politischen Beteiligung von Frauen



Quelle: Fuchs/Hoecker 2004: 3.

2.3.1 Sozioökonomische Faktoren

Seit dem von Verba und Nie in den 1970er Jahren und bis heute gültigen so genannten Sozioökonomischen Standardmodell (SES-Modell, vgl. Burns et al. 2001) besteht zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und dem Interesse an Politik sowie tatsächlicher Beteiligung ein Zusammenhang: je mehr Einkommen, Zeit, Bildung, Selbstvertrauen und Status eine Person hat, desto wahrscheinlicher partizipiert sie. Da Frauen durchschnittlich weniger Bildung haben, weniger erwerbstätig sind und ein geringeres Einkommen haben als Männer, wird so ihre geringere Partizipation erklärt.³ Auch neuere Studien bestätigen diese Zusammenhänge und lassen ihn unproblematisiert (Bertelsmannstiftung 2004). Aufgrund solcher Mängel wurden das SES-Modell und seine Methode, quantitative Umfragerforschung, von feministischer Seite heftig

kritisiert, da es Geschlecht nicht als Strukturkategorie fasst und das Problem der Unterrepräsentation auf individuelle Merkmale verengt. Auch stand die Frage nach „politischem Interesse“ im Verdacht, lediglich eine männliche, auf Institutionen verengte Definition von Politik zu messen – schließlich sind die Unterschiede in der Wahlbeteiligung kaum mehr messbar, die im politischen Interesse jedoch immer noch deutlich (vgl. Sauer 1994: 106ff.), Betina Westle hat 2001 diese Kritik aufgenommen und mit repräsentativen Umfragedaten (ALLBUS 1998) einige konträre Aspekte genauer untersucht. Sie stellte fest, dass deklariertes politisches Interesse positiv mit *allen* politischen Beteiligungsformen korrelierte (Westle 2001: 149f.). Die bekannten soziodemographischen Variablen hatten positiven Einfluss auf politisches Interesse und subjektive politische Kompetenz. Bei gleichem soziodemographischen Hintergrund hätten nun die Partizipationsunterschiede zwischen Frauen und Männern verschwinden müssen. Tatsächlich aber bleiben sie bestehen, sie bilden einen „unerklärten Rest“ und zeigen die Grenzen dieser Erklärungsfaktoren auf.

2.3.2 Politische Kultur und Sozialisation

Die politische Kultur eines Landes stellt einen zentralen Einflussfaktor auf die politische Partizipation von Frauen dar. Sie umfasst die Gesamtheit aller politisch relevanten Meinungen, Einstellungen und Werte der Mitglieder einer Nation, die im Rahmen des politischen Sozialisationsprozesses geprägt und übermittelt werden. Gesellschaftliche Orientierungen gegenüber der politischen Rolle von Frauen sowie die damit verbundenen Einstellungen zur weiblichen politischen Partizipation sind darin eingebettet. Zur politischen Kultur gehören auch die vorherrschenden Frauen- und Männerbilder in der Politik. Die Wissenschaft hat erstaunlich lange ohne ausreichende bzw. mit verzerrten empirischen Befunden am Mythos der unpolitischen Frauen gestrickt.⁴

Der Zusammenhang zwischen dem Frauenanteil in der Politik und den in einem Land vorherrschenden Geschlechterrollen wie Wertvorstellungen kann als weitgehend bestätigt gelten. So zeigen skandinavische Länder mit ihrer egalitären politischen Kultur auch egalitäre Frauen- und Männerbilder und hohe Frauenanteile in den Parlamenten und Regierungen, während in konservativen Ländern mit einer hierarchischen politischen Kultur, einer hohen Bedeutung der emanzipationsfeindlichen katholischen Kirche und relativ niedriger Frauenerwerbstätigkeit die Frauenanteile in der Politik eher gering bleiben.⁵ Aussagekräftiger Indikator im internationalen Vergleich ist außerdem

3 Zu den geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Deutschland vgl. Hoecker 1999: 41–71.

4 Eine erste Kritik bei Bourque/Grossholtz 1984, zuerst 1979.

5 Vgl. Morgan/Witcox 1992 und Hoecker 1995: 182–188. Neuere Erhebungen liegen leider nicht vor. Vgl. aber die Untersuchungen mit Daten des World Value Survey (www.worldvaluessurvey.org)

die Einführung des Frauenwahlrechts; je früher es kam, manchmal gleichzeitig mit dem allgemeinen Männerwahlrecht, desto wahrscheinlicher ist ein hoher Frauenanteil in den Parlamenten.⁶

Sozialisationsprozesse prägen wesentlich Handlungsorientierungen, Selbstkonzepte und die Aneignung von Geschlechterrollen. Eine politische Sozialisation in Familie, Schule und via Medien von Mädchen und Frauen kann diese also entmutigen, politisch aktiv zu werden oder sich für Politik zu interessieren. Untersuchungen über Politikerinnen zeigen immer wieder, wie wichtig für die Einzelnen weibliche *und* männliche Vorbilder eines politischen Engagements waren (z. B. Weber et al. 1998).

Bei Frauen und Männern sind häufig unterschiedliche Politikschwerpunkte zu beobachten. Die Zuordnung zu Politikfeldern erfolgt dabei in einer Wechselwirkung aus individuellen Interessen, externen Erwartungen und stereotypen Zuschreibungen. Problematisch ist dabei, dass „weiblichen“ Politikbereichen wie Soziales und Bildung häufig ein niedriger Status verliehen wird, der sich nicht mit der tatsächlichen Bedeutung des Feldes deckt. Zum Erfahrungsschatz von Parteipolitikerinnen gehören nach wie vor offene und versteckte Diskriminierung, Beleidigung und ihr Ausschluss aus männerbündischen Strukturen in der Politik, d. h. durch Seilschaften, informelle Netze und Beziehungen von Führung und Gefolgschaft.⁷

Die Frage nach einem anderen, weiblichen Politikverständnis ist in der deutschsprachigen Forschung in den neunziger Jahren vielfach bearbeitet worden. Birgit Meyer (1992: 9f.) hatte eine „kontrastive Arbeitsdefinition“ erstellt, etwa egalitäre versus hierarchische Orientierung, ein kommunikatives statt strategisches Machtverständnis oder Kompetenz- statt Karriereorientierung. Qualitative Studien fanden zwar einzelne Belege dafür, doch war die Datenbasis insgesamt zu schmal und es fehlten vergleichende Studien zu Männern. Im Rückblick sind diese Untersuchungen eher hypotheseengenerierend als thesenbestätigend gewesen, so die Einschätzung von Geißel und Penrose (2003: 6).

Last but not least ist die Rolle der Medien für die politische Sozialisation und Kultur zentral. Bisher haben die Medien eher traditionale und marginale Bilder von Frauen allgemein und von Politikerinnen im Besonderen gezeichnet und dabei die Wirklichkeit weniger gespiegelt als mikonstruiert (vgl. Klaus 2002, Holz-Bacha 2003). Insbesondere wird über Politikerinnen seltener berichtet und sie werden seltener als Expertinnen eingeladen und zitiert – und zwar noch weniger, als ihr Anteil am politischen Personal beträgt. Neuere

6 Ronald Inglehart und Pippa Norris (2003) bezeichnen die immensen Einstellungsunterschiede zur Geschlechtergleichheit zwischen westlichen und islamischen Staaten sogar als den wahren „clash of civilizations“ (Huntington); gleichzeitig erfreuen sich Demokratien bei der Bevölkerung islamischer Länder nämlich gleich großer Beliebtheit wie im Westen.

7 Für einen Überblick vgl. Kreisky 1995.

Studien haben immerhin festgestellt, dass sich die stereotype Darstellung von Politikerinnen, z. B. Fixierung auf ihr Äußeres, zumindest abgeschwächt hat und das Privatleben nicht mehr häufiger im Fokus steht als bei Politikern (vgl. Pannes 2004 und Hardmeier/Klöti 2004). Was übrigbleibt, ist häufig ebenso dünn wie frech. Angela Merkel wurde in diversen Interviews beispielsweise gefragt, ob sie Highheels im Schrank habe, Bücher läse, Angst habe, was noch mal ihr Job sei, ob sie hochbegabt oder bloß eine kleine Streberin sei und ob sie sich schon fände (zitiert nach Emma Sept./Okt. 2005: 43). Die Unterrepräsentierung von Politikerinnen ist deshalb so fatal, weil Politik fast nur über Medien erfahbar ist und so der Eindruck verstärkt wird, es gäbe nur wenig kompetente und profilierte Politikerinnen. Umgekehrt liegt in der Arbeit der Medien also auch viel Gestaltungsspielraum und Potenzial, um die politische Beteiligung von Frauen zu fördern.

2.3.3 Institutionelle Faktoren

Schließlich spielen auch institutionelle Faktoren eine wichtige Rolle für weibliche Partizipation. Dies betrifft einmal das Parteiensystem und dabei insbesondere die politischen Rekrutierungs- und Laufbahnmuster, das Wahlsystem und das System der Interessenvermittlung. Wie zahlreiche Studien inzwischen belegen, begünstigen Verhältniswahlsysteme die Kandidaturen und Wahlchancen von Frauen, während Mehrheitswahlsysteme diese eher erschweren. Der Grund für die geringeren Nominierungschancen von Frauen im Falle eines Mehrheitswahlrechts wird allgemein in der starken Personenorientierung gesehen. Im Unterschied zur Listenwahl muss sich die Wählerschaft bei der Mehrheitswahl für einen Kandidaten bzw. eine Kandidatin im Wahlkreis direkt entscheiden. Nach wie vor bestehen Zweifel an der politischen Kompetenz von Frauen. Auch der harte innerparteiliche Konkurrenzkampf um sichere Wahlkreise mindert die Chancen von Frauen, überhaupt aufgestellt zu werden (vgl. Rule 1994, Norris 2000). Ohne politischen Willen ist auch ein Verhältniswahlsystem kein Garant für eine hohe Präsenz von Frauen im Parlament. Zwar bieten Verhältniswahlsysteme den Vorzug einer Quotierung der Parteilisten zu Gunsten von Frauen, allerdings müssen diese Quoten einen relevanten Anteil fixieren, verbindlich sein und sich zudem explizit auf die aussichtsreichen Listenplätze beziehen.

Linke und grüne Parteien neigen eher als konservative Parteien dazu, aktive und starke interne Frauenförderpolitik zu betreiben. Dabei helfen ein subanzialer weiblicher Mitgliederanteil und eine starke Frauenorganisation. Quotenregelungen in linken Parteien haben eine Sogwirkung auch auf das mittlere und rechte Parteienspektrum gehabt. Insgesamt sind Mehrparteiensysteme mit pluralistischen Karrierekanälen und Parteien mit einem transparenten, lokal verankerten Rekrutierungsverfahren besser für eine gute Frauenrepräsentation geeignet (vgl. Norris 1993). Demgegenüber können klientelistische Strukturen in traditionalistischen Ländern Frauen aus einflussreichen Oberschichtfamilien

den Weg auch in höchste Staatsämter ebnen – aber eben auch nur ihnen. Beispiele sind Tansu Çiller in der Türkei oder Benazir Bhutto in Pakistan.

Das deutsche Interessenvermittlungssystem ist stark korporatistisch und konsensorientiert, d. h. einige wenige Großverbände sind Verhandlungspartner der Politik und Verwaltung. Es ist für Frauen schwierig, sich in diesen „allein-gessenen“ Verbänden mit ihren Themen und Interessen Einfluss zu verschaffen oder sich mit eigenen neuen Interessenverbänden einen Platz in diesem System zu erkämpfen (vgl. dazu Lang 1997: 108f.). Je offener, transparenter und basisorientierter also institutionelle Faktoren ausgestaltet sind, desto eher können sie sich für neue Themen und AkteurInnen öffnen, also auch für Frauen und ihre Interessen.

3. Politische Partizipation von Frauen in Deutschland

3.1 Voraussetzung: Kampf um politische Rechte

Ohne allgemeines Wahlrecht keine Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts auf alle Erwachsenen ist ein langer konfliktreicher Prozess, bei dem Frauen nicht automatisch „mitgemeint“ waren, weil sich der aufklärerische Gleichheitsbegriff nicht auf sie bezog. Frauen mussten darum kämpfen, als Staatsbürgerinnen und handlungsfähige Subjekte anerkannt zu werden. Im 19. Jahrhundert und bis 1908 war es in vielen deutschen Ländern Frauen durch Vereinsgesetze verboten, Mitglied in politischen Vereinigungen zu sein und an politischen Versammlungen teilzunehmen. Die ersten Frauenbewegungen in Deutschland formulierten zu Beginn Forderungen nach Zugang zu Bildung sowie das Recht auf Erwerbstätigkeit. Erst 1900 wurde der erste Frauenstimmrechtsverein gegründet. Ideologische Spaltungen, u. a. um die Ausgestaltung des Wahlrechts, schwächten die Bewegung erheblich. Es gelang auch nicht, die eigene Forderung durch strategische Allianzen mit anderen sozialen Bewegungen zu stärken. Ute Rosenbusch (1998) sieht denn auch in der revolutionären Situation im November 1918 den entscheidenden Grund dafür, dass der Rat der Volksbeauftragten das Frauenwahlrecht dekretierte. Seit der Weimarer Republik haben Frauen gleiche politische Rechte, sind sie auf dem Papier „politischfähig“ – ihre zivilrechtliche Gleichstellung musste hingegen bis 1977 warten.⁸

8 1977 wurden Frauen und Männer im Ehe- und Familienrecht gleichgestellt. Die Indikatorenlösung bei Abtreibungen trat in Kraft.

3.2 Partizipation durch Wahlen

Die Stimmabgabe bei Wahlen ist einer der einfachsten und verbreitetsten Partizipationsakte. Über das Wahlverhalten wissen wir durch repräsentative Statistiken und Umfragen Bescheid, und die Wahlsoziologie versucht, individuelle Wahlentscheidungen zu erklären (vgl. Fuchs 2004: 76–82). Dabei wurde traditionell eine höhere Wahlbeteiligung bei Männern als bei Frauen festgestellt. In Deutschland waren diese Unterschiede allerdings gering und sanken seit Kriegsende (größter Unterschied: 3.3 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl 2002 gingen sogar mehr Frauen als Männer an die Urne. Eine Lücke zwischen Frauen und Männern gibt es mittlerweile nur noch bei den höchsten Alterskohorten. Bei den jüngsten StaatsbürgerInnen waren Frauen leicht wahlfreudiger, eine Umkehrung zu den neunziger Jahren.⁹ Ähnliche Angleichungstendenzen sind auch aus anderen entwickelten Demokratien bekannt.

In den achtziger Jahren sank die Wahlbeteiligung junger Frauen in Deutschland überdurchschnittlich; ihre niedrige Wahlbeteiligung korrelierte mit fehlender sozialer Einbindung, Herkunft, Bildung sowie niedrigerem politischem Interesse. Es gab aber auch 10% politisch interessierte, „bewusste“ Nichtwählerinnen (vgl. Hoecker 1999: 81f.; Piel 1989). Es besteht offensichtlich ein enger Zusammenhang zwischen deklarierterem politischen Desinteresse und Wahlenthaltung, doch ist politisches Interesse keine Voraussetzung zur Teilnahme an Wahlen. Andere Untersuchungen zur Wahlenthaltung haben sich bisher nicht mit dem Geschlecht beschäftigt.

Bis etwa in die sechziger Jahre wählten Frauen in Industriestaaten konservativer als Männer, auch in der Bundesrepublik. Dies wurde allgemein auf strukturelle Unterschiede in Religiosität und Erwerbstätigkeit zurückgeführt und stimmte mit den Ergebnissen überein, die Frauen als politisch apathischer und mit engerem Horizont ausgestattet charakterisierten. Dann begannen die Geschlechterunterschiede zu schwinden, was zuerst in den USA beobachtet wurde. Für diese Entwicklung kamen die steigende weibliche Erwerbstätigkeit und die Lockerung bisheriger Verbindungen zwischen Parteien mit Klasse und Religion in Frage. In der Bundesrepublik kam es seit 1969 zu einer Angleichung der Frauen- und Männerstimmen bei den Volksparteien CDU/CSU und SPD. Bis 1980 wählten vor allem junge Frauen eher SPD. Bis Mitte der 90er Jahre stimmten wieder Frauen vermehrt für die Christdemokraten, doch trat dies nur auf ältere Frauen zu. Die CDU/CSU war und ist für jüngere Altersgruppen vergleichsweise unattraktiv (2002: 32% bei den 18–24-Jährigen und 46% bei den über 60-Jährigen, Werner 2003: 180), wobei die Geschlechterunterschiede eher gering ausfallen (ausführlich Hoecker 1998: 82–95). Bei der Erklärung dieses gewandelten Wahlverhaltens dürften sich die unterschied-

9 Aktuellere Beiträge zum Thema: Werner 2003, Hoecker 1999 Kap. 3 und Molitor/Neu 1999, jeweils mit weiteren Verweisen.

lichen Erklärungsansätze der Wahlsoziologie ergänzen; so besteht Einigkeit über die gesellschaftsstrukturelle, relativ stabile Verankerung von Wahlentscheidungen und über die gesteigerte Bedeutung situativer, thematischer und politisch-konjunktureller Faktoren (Fuchs 2004: 76f.).

3.3 Politische Partizipation in Parteien

In der deutschen Parteiendemokratie ist ein hoher Frauenanteil in Parteien wichtige Voraussetzung für eine ausgewogene Repräsentation von Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen. In den 1950er und 1960er Jahren lagen die Frauenanteile in den Parteien zum Teil deutlich unter 20% und stiegen erst in den 1970er Jahren im Zuge des Politisierungsstrends langsam an (vgl. Geißel/Penrose 2003: 7). Allerdings verlieren die Parteien massiv Mitglieder: Seit 1991 gingen der CDU 23%, der SPD 35%, der FDP gar über die Hälfte und der PDS zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren, lediglich die Grünen haben leichte Zuwächse.¹⁰ Zugleich dümpeln die Frauenanteile vor sich hin, d. h. Frauen und Männer kehren in etwa gleichem Maße den Parteien den Rücken.

Tabelle 2: Frauenanteile in Parteien und Parteigremien 2003

Partei	Mitglieder	Vorstand	Präsidium
SPD	29,7 %	42,3 %	50 %
GRÜNE	37,2 %	50 %	--
CDU	25,1 %	42,3 %	17,4 %
CSU	17,7 %	26,1 %	--
FDP	23,6 %	18,8 %	18,7 %
PDS	45,7 %	55 %	--

Quellen: BMFSFJ 2005:110 für Gremien, Statistisches Bundesamt 2004: 177f. für Mitgliederzahlen

Christdemokratische und liberale Parteien vermögen am wenigsten Frauen anzuziehen, doch auch die SPD weist nicht mehr als 30% Frauen unter den Mitgliedern auf. Am besten sind Frauen bei PDS und Grünen repräsentiert. Außer in der FDP sind in den Parteivorständen überproportional Frauen vertreten. Dies kann auf verschiedene Quotenregelungen bzw. auf die Sogwirkung dieses politischen Instruments für alle Parteien zurückgeführt werden;

Anfang der 1980er Jahre waren noch weniger Frauen in den Bundesvorständen von SPD, CDU, CSU und FDP präsent als ihr Mitgliederanteil betrug (vgl. Hoocker 1987: 57).

Tabelle 3: Quotenregeln in Parteien für Parteiamter und Wahllisten

Partei	Seit	Quotenregeln
Grüne	1980	50/50-Regel für Wahllisten, parteiinterne Gremien und Posten sowie Parteitage. Reißverschlussverfahren, ungerade Listenplätze für Frauen. Mentoring-Programm
SPD	1988	Zuerst 33%, ab 1998 40% Mindestpräsenz auf Wahllisten und für Parteigremien. Mentoring-Programm
PDS	1990	50%-Frauenquote im Parteistatut festgelegt, gilt für Wahllisten, Parteigremien und Mitarbeitende. Reißverschlussverfahren, ungerade Listenplätze für Frauen.
CDU	1996/2001	33% Quorumabschluss zuerst für 5 Jahre, dann definitiv übernommen: Ein Drittel Frauenanteil soll auf allen Wahllisten, bei Parteitagungen u. ä. erreicht werden.

Quelle: McKay 2004

CSU und FDP haben sich Quotenregeln bisher verweigert und setzen nach wie vor auf rhetorische Frauenförderung, ohne dabei substanzielle Erfolge zu erzielen.

3.4 Politische Repräsentation in Parlamenten und Regierungen

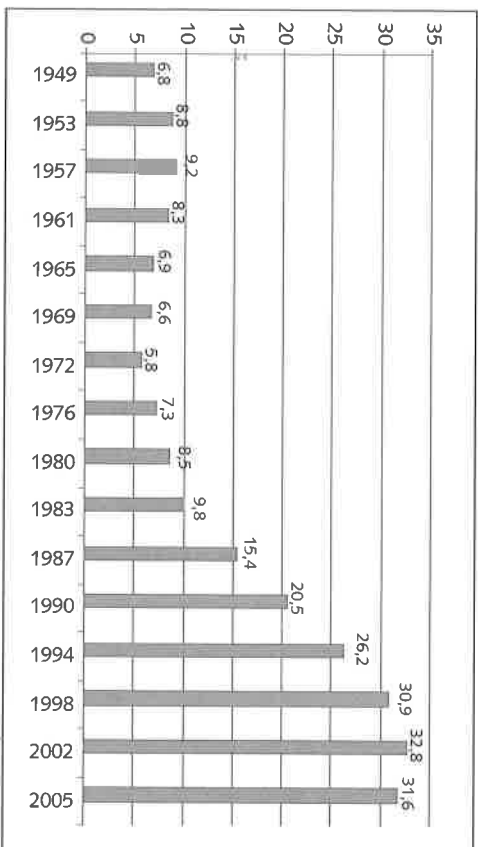
3.4.1 Bundestag

Noch 1983 waren nicht einmal 10% der Bundestagsabgeordneten weiblich. Mit dem erstmaligen Einzug der Grünen setzte eine solide Aufwärtswicklung ein, die auch die anderen Parteien erfasste.

„Quotas and policies on list placement of women have led to a tripling of the proportion of women in less than 20 years. The high proportion of Bundestag seats held by women is part of a trend that began in 1983 when the Green Party made women's representation a key issue and encouraged other parties to follow suit.“ (Brzinski 2003: 71)

¹⁰ Eigene Berechnungen nach Niedermayer 2005: 384.

Abbildung 2: Frauenanteil im Deutschen Bundestag 1949 – 2005 (in %)



Quellen: Schindler 1999: 635 sowie www.bundestag.de. Daten jeweils Beginn der Legislaturperiode

Und auch McKay (2004: 63) konstatiert über die Grünen:

„Their contribution towards the feminisation of German politics has been considerable“.

Je höher die Quote und je verbindlicher die Listengestaltung (z. B. Reißverschlussverfahren) ist, desto mehr Frauen finden sich in den Fraktionen der Parteien wieder. In der neuen Wahlperiode sank der Frauenanteil in allen Fraktionen leicht:

Tabelle 4: Frauen und Männer in den Fraktionen (16. WP, Beginn 2005)

Fraktion	Frauen	Männer	gesamt	Frauen in %
SPD	80	142	222	36
CDU/CSU	45	181	226	19,9
Grüne	29	22	51	56,9
FDP	15	46	61	24,6
Die Linke	25	29	54	46,3
Gesamt	194	420	614	31,6

Quelle: www.bundestag.de/mbd/mbd-zahlen/frauen.html (13. April 2006)

Frauen gelangen allerdings vor allem über die Landeslisten und weniger über Direktmandate in den Bundestag. Dies bestätigt die Forschungsergebnisse zu den Nachteilen des Mehrheitswahlrechts für weibliche Repräsentation. Die Bundestagsparteien nominieren wesentlich weniger Frauen für Direktmandate als auf den Landeslisten. Und noch weniger Frauen schaffen es über Direktmandate tatsächlich ins Parlament (Verhältnis Direkt- und Listenmandate 1994: 1 zu 3, vgl. Schindler 1999 und Hoecker 1998: 146). Hier ermöglicht das Wahlsystem das Umgehen von Quoten (vgl. auch Kapitel 4). Zudem ist die Wiederwahlquote für Frauen geringer (Hoecker 1994: 565) oder anders gesagt: Das Risiko, nicht wieder nominiert und/oder nicht wieder gewählt zu werden, ist für Frauen höher. Mindestens bis zur 12. Wahlperiode lässt sich konstatieren, dass Frauen unterdurchschnittlich in parlamentarischen Führungspositionen vertreten sind (Hoecker 1994: 566–568), also z. B. als Fraktions- und Ausschussvorsitzende oder im Präsidium des Bundestags.¹¹ Joanna McKay (2004) weist, auch auf Länderebene, für SPD, CDU und die PDS auf ein Stellvertreterinnen-Syndrom hin: Frauen werden, wo sie nun schon zahlenmäßig erheblich aufholen, mit Vizeposten abgespeist ohne realistische Chance, von dort aufzusteigen.

Im Bundestag gab es in der 15. Wahlperiode (bis 2005) 21 ständige Ausschüsse. In diesen hatten 9 Frauen den Vorsitz und 7 den stellvertretenden Vorsitz, das sind 43% bzw. 33,3% und damit mehr als der Frauanteil insgesamt.¹² Dies deutet darauf hin, dass bei einem Anteil von einem Drittel ein *critical mass of numbers* erreicht worden ist, bei dem die Minderheit auf Integration pochen kann. Besonders hoch ist der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten aber immer noch in den Ausschüssen „klassisch weiblicher“ Politikfelder. International vergleichend werden Ressorts mit der sog. BEIS-Typologie klassifiziert:

Tabelle 5: BEIS-Typologie

	Beispiele für Ressorts und Ausschüsse
Staatliche Basisfunktionen (B – basic)	Innen- und Außenpolitik, Verteidigung, Justiz, EU
Wirtschaft (E – economic)	Finanzen, Haushalt, Wirtschaft, Arbeit
Infrastruktur	Verkehr
Soziales	Gesundheit, Bildung, Soziales, Entwicklungshilfe, Familie

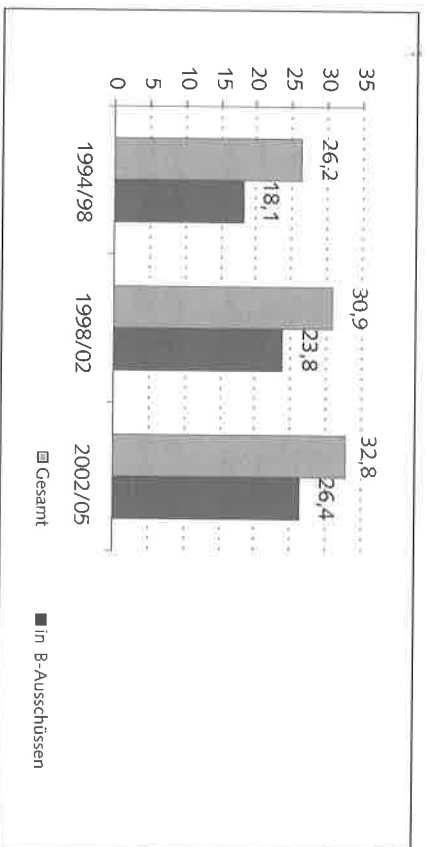
Quelle: Klassifizierung nach der Tabelle unter europaeu.intl.comm/employment_social/women_men_stats/defcon_en.htm#B

11 Bisherige Bundestagspräsidentinnen: Annemarie Renger, SPD (1972–76) und Rita Süßmuth, CDU (1988–98).

12 Eigene Berechnungen nach www.bundestag.de.

Im Bereich der Basisfunktionen liegen die staatlichen Machtzentren. Der Frauenanteil in entsprechenden Ausschüssen und auf Ministerposten ist demnach ein Indikator für tatsächliche politische Macht von Frauen. Für den Bundestag der 13. bis 15. Wahlperiode zeigt sich, dass die Präsenz in „B-Ausschüssen“ (Innen-, Auswärtiger, Rechts-, Verteidigungs- und EU-Ausschuss) sich verbessert hat.

Abbildung 3: Frauenanteile im Bundestag und in „B-Ausschüssen“ in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen nach Lemke-Müller 1999: 971 und 977 und www.bundestag.de

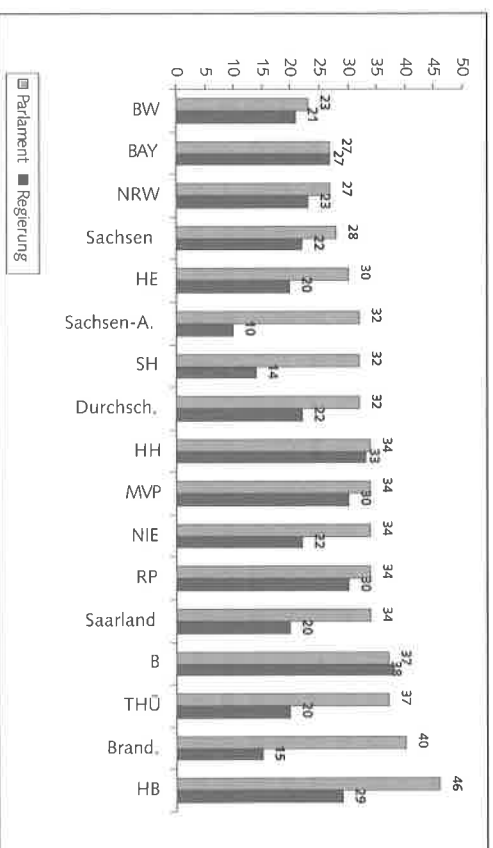
3.4.2 Bundesregierung

1961 wurde Elisabeth Schwarzhaupt, CDU, die erste Bundesministerin überhaupt und übernahm das Gesundheitsressort. Bis 1976 boten die Kabinette immer ein Gruppenbild mit Dame, danach gab es jeweils zwei Ministerinnen. Erst Ende der achtziger Jahre bekamen unter Bundeskanzler Kohl Frauen auch Ressorts außerhalb des Sozialbereichs (z. B. Raumordnung). 1992 wurde Sabine Leutheusser-Scharrensberger (FDP) die erste „B-Ministerin“ und übernahm das Justizressort – das bis heute von Frauen geführt wird. 1998 und 2002 stieg die Zahl der Ministerinnen auf ein Drittel bzw. 40%: Die Ministerien für Justiz, Familie und Frauen, Gesundheit, Bildung, Entwicklungshilfe sowie Verbraucherschutz und Landwirtschaft wurden bis 2005 von Frauen geführt (vgl. Schindler 1999 und www.bundesregierung.de).

3.4.3 Länderparlamente und Länderregierungen

In den Parlamenten und Regierungen der Bundesländer ist die Präsenz von Frauen ebenfalls gestiegen, hat aber in letzter Zeit durch konservative Regierungswechsel gelitten. In den neuen Ländern konnte nach einem Einbruch über dem Westdurchschnitt (vgl. Hoecker 1996: 30f.). Der Frauenanteil von durchschnittlich 22% (vgl. Grafik) in den Regierungen liegt deutlich unter dem der Bundesregierung. Zudem ist er in fast allen Ländern niedriger als im Parlament, wo ein gewisser Anteil durch Quotenregelungen der Parteien sichergestellt ist. Wenn aber Personal für politische Ämter nominiert wird, haben Frauen offensichtlich immer noch das Nachsehen. Das lässt sich auch am Bundestag zeigen: die Mitglieder der zweiten Kammer werden von den Landesregierungen ernannt. Von den 69 Mitgliedern waren im Juli 2005 nur knapp 19% weiblich (vgl. www.bundestag.de).

Abbildung 4: Frauenanteil in den Landesparlamenten und Landesregierungen



Quelle: Europäische Kommission, DGEMPL, Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen, für NRW und Schleswig-Holstein nach den entsprechenden Webseiten

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei den regionalen Regierungen damit nur im Mittelfeld, gleichauf mit Bulgarien und hinter der Schweiz mit 23,4%.¹³

13 Nach Datenbank über Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen der Europäischen Kommission und www.bfs.admin.ch, 23. Juli 2005.

Für die Partizipation in der Kommunalpolitik liegen keine vollständigen Daten vor, doch zeigen die zugänglichen Zahlen, dass diese unterste Ebene ein sehr schwieriges Pflaster für Politikerinnen ist. Im Westen lag der Frauenanteil in Gemeinde- und Stadträten 1973 bei 8,2%, 1985 bei 14,4% und in Gesamtdeutschland 1996 bei 25,2%. Es gibt auch ein deutliches Stadt-Land-Getälte: Je größer die Kommune, desto wahrscheinlicher ist auch ein hoher Frauenanteil. 2002 betrug der Frauenanteil in den Räten von Städten über 500.000 EinwohnerInnen 36,3%; dennoch gab es in großen Städten 2002 nur 5% Bürger- und Oberbürgermeisterinnen (BMFSFJ 2005: 112).

3.5 *Zivilgesellschaftliches Engagement als Alternative?*

Lange hat die geschlechtersensible Forschung darauf hingewiesen, dass Frauen in nicht-institutionalisierten und zivilgesellschaftlichen Partizipationsformen stärker involviert seien als in den bisher besprochenen institutionalisierten Formen. Tatsächlich sind hier die Geschlechterunterschiede geringer. Über die Gründe einer solchen geschlechtsspezifischen Beteiligungsweise an Politik ist wenig geforscht, doch viel spekuliert worden (vgl. Geißel/Pemrose 2003: 12). Vermutungen dazu fußen oftmals auf geschlechterstereotypen Vorannahmen.

Über ein Drittel der Bevölkerung über 14 Jahren ist in Deutschland freiwillig engagiert, das sind 22 Millionen. In den Bereichen Soziales, Bildung und in der Kirche sind Frauen mit zwei Dritteln deutlich überrepräsentiert, während Männer in den Bereichen Politik, Feuerwehr und Justiz deutlich überwiegen. Insgesamt sind 30% der Frauen und 38% der Männer freiwillig engagiert – zurückgeführt wird dies auf die Mehrfachbelastung von Frauen mittleren Alters. Die Motive und Gründe sind allerdings noch nicht gründlich eruiert worden, schließlich sind Frauen mit Kindern zwischen vier und 15 Jahren überdurchschnittlich engagiert (BMFSFJ 2005: 115). 61% der Männer und 46% der Frauen sind Mitglied in einem Verein (Berltsmannstiftung 2004: 104); jeder vierte Verein deckt politische Bereiche ab. Unterdurchschnittlich sind Frauen in den Gewerkschaften repräsentiert. Ihr Anteil betrug 2002 31,8%, das ist weniger als ihr Anteil an allen Erwerbstätigen (44%). Allerdings sind nur noch 22,5% aller abhängige Beschäftigten überhaupt in einer Gewerkschaft (Statistisches Bundesamt 2004: 179). Die Zunahme prekärer Beschäftigung unter Frauen dürfte den Abwärtstrend noch verstärken (vgl. BMFSFJ 2005: 118f).

Frauen und Männer sind fast gleichermaßen (10 bzw. 12%) in Initiativen aktiv, die zu über 40% politischen Zielsetzungen haben (Berltsmannstiftung 2004: 109). Viele der so genannten nicht-institutionalisierten Partizipationsformen sind für große Teile der Bevölkerung mittlerweile breit akzeptiert. 77% haben sich bereits an einer Unterschriftensammlung beteiligt, 35% an genehmigten Demonstrationen und ein Fünftel war/ist in einer Bürgerinitiative

aktiv. Die Unterschiede nach sozialer Lage und Alters sind dabei größer als zwischen den Geschlechtern (Berltsmannstiftung 2004: 93–103). Ehrenamtliches Engagement ist auch als individuelle Strategie von (Mittelschichts-) Frauen beschrieben worden, die darin ein Mittel ihrer gesellschaftlichen Integration sehen; es kann so ein Ersatz für die Integration via Erwerbsarbeit sein (vgl. Backes 1987). Werden im Zuge der Renaissance „bürgerschaftlichen Engagements“ solche Strategien verdeckt oder offen wieder vorgeschlagen, so hat dies doch reaktionären Charakter und dient eher dazu, Frauen ihren Platz im Erwerbsektor streitig zu machen.

3.6 *Frauenpolitisches Engagement*

Festzuhalten bleibt, dass ungleiche Partizipation von Frauen und Männern auch ein Ausdruck einer ungleichen Verteilung von Zeit, Geld, Macht und Anerkennung ist, also soziale Ursachen hat. Diese Ursachen zu beseitigen, ist das facettenreiche Ziel frauenpolitischen Engagements. Etwa drei Viertel der Frauen in Deutschland sehen einen klaren Handlungsbedarf für mehr Gleichstellung und halten dabei eine engagierte und organisierte Interessenvertretung von Frauen für notwendig (BMFSFJ 2005: 112f).

Die neue deutsche Frauenbewegung kristallisierte sich seit Ende der 1960er Jahre an der Schnittstelle von Verteilungs-, Macht- und Herrschaftsfragen und von Forderungen nach neuen Identitäten und Lebensformen. Zum Einen forderte sie tatsächliche Gleichberechtigung, die Anerkennung der so genannten Reproduktionsarbeit und Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Zum anderen propagierte sie neue Normen, Frauen- und Männerbilder und kulturelle Identitäten, die diese Forderungen überhaupt erst legitimierten und das vermeintlich Private zum Gegenstand einer politischen Diskussion machen (vgl. Punkt. 1.1; zum Thema soziale Bewegungen siehe auch den Beitrag von Geißel in diesem Band). Die Frauenbewegung distanzierte sich zu Beginn bewusst von etablierten und hierarchischen Organisationen. So sind auch heute im Deutschen Frauenrat, in dem über 50 Organisationen mit etwa 11 Mio. Mitgliedern zusammengeschlossen sind, kaum feministische Vereinigungen vertreten. Da der Frauenrat noch am ehesten als eine Lobbyorganisation anzusehen ist, sind feministische Stimmen im Interessenvertretungssystem sehr leise. In der ersten Entwicklungsphase der Frauenbewegung waren Solidarität unter Frauen, ein positiver Selbstbezug und der Aufbau einer Gegenkultur wichtige Neuerungen. Ab Anfang der 1980er Jahre wurden viele Projekte mit staatlichen Geldern unterstützt, z. B. Frauenhäuser. Staatliche Gleichstellungsstellen entstanden; die Bewegung institutionalisierte sich und ihre Forderungen wurden selektiv integriert. Diese Institutionalisierung ging jedoch auch auf Kosten der Radikalität der Positionen, der Mobilisierung und der politischen Handlungsfähigkeit (vgl. Lang 1997). Die unabhängige Frauenbewegung der DDR/Ostdeutschlands hat diese Institutionalisierung

noch schneller vollzogen, hatte aber im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten in der Transformationsphase eine hohe Mobilisierung aufzuweisen.

Wie erfolgreich die Frauenbewegung war, ist umstritten, denn es besteht eine widersprüchliche Bilanz aus Erfolgen und unerledigten Anliegen. Erreicht wurden mehr formale Gleichheit, mehr Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper und bessere Bildung für Frauen und Mädchen. In die Lebensentwürfe jüngerer Frauen sind feministische Vorstellungen von Selbstbestimmung und Autonomie selbstverständlicher eingeflossen (vgl. Holland-Cunz 2003 und Gerhard 2003). Dennoch bestehen weiterhin strukturelle Diskriminierungen in der Sozial- und Erwerbspolitik sowie bei der Arbeitsstellung. Was also tun? Das folgende letzte Kapitel beschäftigt sich mit möglichen Strategien für eine ausgewogene politische Partizipation von Frauen und Männern.

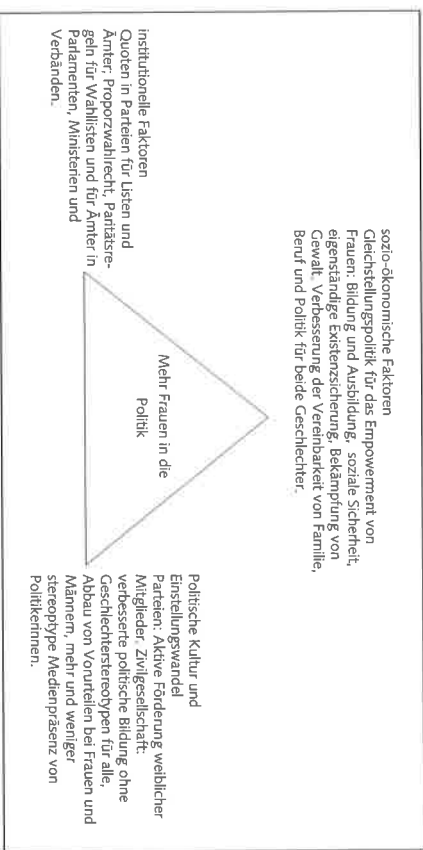
4. Perspektiven geschlechtergerechter Partizipation

Entscheidungsverfahren, an denen auch faktisch alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können, die Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Lebenslagen und die Transparenz der Konfliktlösung wie Entscheidungsfindung machen die Leistungsfähigkeit und die Legitimität einer Demokratie aus. Insofern sind alle in Kapitel 2.1 erwähnten Begründungsmuster für mehr Frauen in der Politik – Gerechtigkeit, Fraueninteressen und Veränderung des politischen Prozesses – stichhaltig. Die Inklusion von Frauen in politische Entscheidungsprozesse ist in den letzten Jahrzehnten ein gutes Stück vorangekommen. Dies ist die Voraussetzung, dass Interessen von Frauen, so unterschiedlich sie im Einzelnen sein mögen, bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Es ist das Verdienst der sozialen Bewegungen, darunter auch der Frauenbewegung, dass sich ehemals unkonventionelle Partizipationsformen stark verbreitet haben und vielen Gruppen und Interessen als zusätzlicher Partizipationskanal dient.

Insgesamt gesehen kann aber von einer ausgewogenen Beteiligung und Repräsentation der Geschlechter nicht die Rede sein. Die Gründe dafür liegen auf allen Seiten des Magischen Dreiecks, also bei den sozioökonomischen, institutionellen und politisch-kulturellen Faktoren. Diese beeinflussen sich gegenseitig und wirken je nach Land und Kontext auch in einem spezifischen Mix.¹⁴ Maßnahmen, Ansätze und Verfahren zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik können und müssen darum an allen Seiten ansetzen. Die folgende Abbildung zeigt einige Strategien auf.

¹⁴ Vgl. für Europa Hoecker 1998 und Hoecker/Fuchs 2004.

Abbildung 5: Ansätze zur Erhöhung politischer Partizipation von Frauen



Quelle: Fuchs/Hoecker 2004: 11.

Eine Politik zur Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse in Bildung, Beruf und sozialer Sicherung sowie bei der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verbessert die Voraussetzungen und das soziale und kulturelle Kapital von Frauen, um politisch zu partizipieren. Eine solche Politik hat auch einen Wert an sich, wenn sie nämlich Handlungsoptionen und Handlungsfähigkeit von Frauen verbessert.

Die Wirkung der Quotierungsbeschlüsse der Parteien sind ein gutes Beispiel, wie institutionelle und politisch-kulturelle Faktoren zusammenwirken. Die Quoten¹⁵ haben in kurzer Zeit einen substantziellen Anstieg von Frauen in politischer Verantwortung gebracht und gleichzeitig das Vorurteil von weniger gut qualifizierten und weniger interessierten Politikerinnen Lügen gestraft; im öffentlichen Bewusstsein sind Politikerinnen nicht mehr nur Ausnahmen. Quoten können allerdings auch umgangen werden, indem z.B. Entscheidungen weiterhin in informellen exklusiven Netzwerken vorbereitet werden. Auch das System der Direktmandate erlaubt ein Umgehen von Quotenbeschlüssen. Eine gesetzliche paritätische Besetzung von Kandidaturen wie in Frankreich¹⁶ und die Einführung von Präferenzstimmensystemen statt starrer Listen sind bedenkenswerte Reformvorschläge.

Ebenfalls werden direktdemokratische Instrumente wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide als Instrumente für frauenfreundliche Politik und die Umgestaltung der politischen Öffentlichkeit diskutiert (vgl. Fuchs

¹⁵ Aktuelle Diskussion bei Tinker 2004.

¹⁶ Vgl. Tobler 2002 und Teissier 2002.

2004: 82–84). Untersuchungen aus der Schweiz haben gezeigt, dass gerade bei brisanten Themen, wie die Einführung eines Gleichstellungsartikels in die Verfassung oder die Fristenregelung bei Abtreibung, eine partiiübergreifende Mobilisierung unter Frauen diesen fortschrittlichen Vorlagen zum Erfolg verhalf (vgl. Senti 1998). Direktdemokratische Verfahren können Kanäle sein, bisher marginalisierte „Fraueninteressen“ auf die politische Agenda zu setzen, beispielsweise mit dem Frauenvolksbegehren in Österreich. Direkte Demokratie kann als Katalysator zur Interessensartikulation wirken, kann die Partizipation auch marginalisierter Gruppen erhöhen und bietet Chancen einer geschlechtergerechten politischen Öffentlichkeit. Zu bedenken ist aber auch, dass direktdemokratische Instrumente auch immer als mäßigendes und konservierendes Instrument eingesetzt werden und ihre Erfolgchancen stark von der Ressourcenausstattung der einzelnen Initiativgruppen abhängig sind.

Schließlich gilt es, einen Kultur- und Bewusstseinswandel zu befördern, was die langfristige Aufgabe ist. Potenzielle politische Akteurinnen müssen ermutigt werden, sich zu engagieren. Sie brauchen Wissen und Vorbilder. Für die Parteien bedeutet dies, dass eine aktive Förderung weiblicher Mitglieder z.B. über Mentoringprogramme und über Quotenbeschlüsse notwendig ist. Gesamtgesellschaftlich ist eine umfassende politische Bildung notwendig, die geschlechtersensibel ist, sich bewusst von Geschlechterstereotypen abwendet (vgl. dazu Oechsle/Wetterau 2000) und gerade Mädchen und Frauen zu politischem Engagement ermutigt. Die Präsenz von Frauen und Politikerinnen in den Medien muss verbessert werden, und die vorhandenen Stereotypen müssen abgebaut werden. Ein großer Teil der Verantwortung liegt bei den Medienschaften. Ohne gesellschaftlichen Druck und die Propagierung der neuen Werte einer ausgeglicheneren politischen Beteiligung aus der Zivilgesellschaft, durch Frauenorganisationen und durch fortschrittliche Parteimitglieder kann diese Aufgabe nicht gelingen.

Angela Merkel als erste Bundeskanzlerin ist ein wichtiger Meilenstein für die politische Partizipation von Frauen in Deutschland. Auf diesem Posten muss sie dabei weder die Interessen aller Frauen vertreten noch eine besonders feministische Politik machen, nur weil sie eine Frau ist. Sie kann als Vorbild wirken. Eine Gleichberechtigung ist damit aber noch nicht erreicht.

Literatur und Internetressourcen

- Backes, Gertrud (1987): Frauen und soziales Ehrenamt: zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe. Augsburg: Maro-Verlag.
- Bertelsmann-Stiftung (2004): Politische Partizipation in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- BMFSFJ (2005): Frauen in Deutschland. Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik. Berlin.

- Bourque, Susan/Grossholtz, Jean (1984): Politics as unnatural practice: political science looks at female participation. In: Silanen, Jean/Stanworth, Michelle; (Hrsg.): Women and the Public Sphere. A Critique of Sociology and Politics. London, S. 103–121.
- Brzinski, Joanne Bay (2003): Women's Representation in Germany: A Comparison of East and West. In: Maland, Richard E./Montgomery, Kathleen A. (Hrsg.): Women's access to political power in post-communist Europe. Oxford: Oxford University Press, S. 63–80.
- Burns, Nancy/Schlozman, Kay Lehman/Verba, Sidney (2001): The private roots of public action : gender, equality, and political participation. Cambridge: Harvard University Press.
- Fuchs, Gesine (2004): Wahl- und Stimmverhalten als Forschungsfeld für feministische Politikwissenschaft. In: Hardmeier, Sibylle (Hrsg.): Staat, Politik und Geschlecht. Genderforschung in der Politikwissenschaft. Zürich: UniFrauenstelle, S. 73–87.
- Fuchs, Gesine/Hoecker, Beate (2004): Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten vor den Europawahlen. Eurokolleg Nr. 49. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Geibel, Brigitte/Pemrose, Virginia (2003): Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung. Politische Partizipation von Frauen und Männern. Berlin. Verfügbar unter www.fu-berlin.de/epo/index.htm am 25. Oktober 2004.
- Gerhard, Ute (2003): Frauenbewegung in Deutschland. Gemeinsame und geteilte Geschichte. – In: Mielhe, Ingrid/Roth, Silke (Hrsg.): Europas Töchter : Tradition, Erwartungen und Strategien von Frauenbewegungen in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 81–100.
- Hardmeier, Sibylle/Klöti, Anita (2004): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung und Darstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003. In: F – Frauenfragen No. 2, S. 11–22.
- Hoecker, Beate (1995): Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate (1994): Parlamentarierinnen in Deutschen Bundesstrag 1949 bis 1990. Ein Postskriptum zur Abgeordnetensoziologie. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26, No. 4, S. 556–581.
- Hoecker, Beate (1996): Politische Partizipation von Frauen im vereinigten Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21–22, S. 23–33.
- Hoecker, Beate (1998) (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske + Budrich.
- Hoecker, Beate (1999): Lern- und Arbeitsbuch Frauen, Männer und die Politik. Bonn: Dietz.
- Hoecker, Beate/Fuchs, Gesine (2004) (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band II: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holland-Cunz, Barbara (2003): Die alte neue Frauenfrage. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Holtz-Bacha, Christina (2003): Die Darstellung von Politikerinnen in den Medien. – In: F – Frauenfragen No. 1, S. 47–49.
- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa (2003): The True Clash of Civilizations. In: Foreign Policy No. March-April, S. 67–74.

- Jonasdottir, Anna G. (1988): On the concept of interest, women's interests, and the limitations of interest theory. In: Jones, Kathleen B./Jonasdottir, Anna G. (Hrsg.): *The political interests of gender*. London: Sage, S. 33–65.
- Kaase, Max (1994): Partizipation. In: Holtmann, Everhard (Hrsg.): *Politik-Lexikon*. München: Oldenbourg, S. 442–445.
- Klaus, Elisabeth (2002): Perspektiven und Ergebnisse der Geschlechterforschung in der Medien- und Kommunikationswissenschaft. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 25. Jg., No. 61, S. 11–31.
- Kreisky, Eva (1995): Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): *Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt/Main/New York: Campus, S. 85–114.
- Lang, Sabine (1997): The NGOization of Feminism. In: Kaplan, Cora/Keates, Debora/Scott, Joan W. (Hrsg.): *Transitions, environments, translations: feminism in international politics*. New York/London: Routledge, S. 101–120.
- Lenke-Müller Sabine (1999): Funktionen und Politikverständnis der weiblichen Abgeordneten in den Ausschüssen des 13. und 14. Bundestages. In: Zeitschrift für Parlamentarfragen 30, No. 4, S. 968–979.
- McKay, Joanna (2004): Women in German Politics: Still Jobs for the Boys?. In: *German Politics* 13, No. 1, S. 56–80.
- Meyer Birgit (1992): Die „unpolitische“ Frau – Politische Partizipation von Frauen oder: Haben Frauen ein anderes Verständnis von Politik? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 25–26, S. 3–16.
- Molitor, Ute/Neu, Viola (1999): Das Wahlverhalten der Frauen bei der Bundestagswahl 1998. Kaum anders als das der Männer. In: *Zeitschrift für Parlamentarfragen*, Vol. 30, No. 2. S. 252–267.
- Morgan, April/Wilcox, Clyde (1992): Anti-Feminism in Western Europe, 1975–1987. In: *West European Politics* 15, No. 4, S. 151–169.
- Nave-Hertz, Rosemarie (1997): Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland. Hannover: Landeszentrale für politische Bildung, 6. Auflage.
- Niedermayer, Oskar (2005): Parteimitgliedschaften im Jahre 2004. In: *Zeitschrift für Parlamentarfragen* No. 2, S. 382–389.
- Norris, Pipa (1993): Comparing Legislative Recruitment. In: Norris, Pipa/Lovenduski, Joni (Hrsg.): *Gender and Party Politics*. London/New Delhi: Thousand Oaks: Sage, S. 309–330. [Deutsche Übersetzung: Schlussfolgerung: Ein Vergleich parlamentarischer Rekrutierung. In: Braun, Kathrin et al. (Hrsg.): *Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft*. München: Oldenbourg, 2000, S. 269–292].
- Norris, Pipa (2000): Women's Representation and Electoral Systems. In: Rose, Richard (Hrsg.): *International Encyclopedia of Elections*. London/Washington DC: Macmillan: CQ Press, S. 348–351.
- Oechle, Mechthild/Weteran, Karin (2000) (Hrsg.): *Politische Bildung und Geschlechterverhältnis*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfannes, Petra (2004): *Powerfrau, Quotenfrau, Ausnahmefrau? Die Darstellung von Politikerinnen in der deutschen Tagespresse*. Marburg: Teecum Verlag.
- Phillips, Anne (1994): Democracy and Representation, or: why should it matter, who our representatives are?. In: *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 34, S. 63–76.

- Piel, Edgar (1989): Kein Interesse an Politik. Motive und Reaktionen junger Nichtwählerinnen. In: *Frauenforschung*, No. 3, S. 1–9.
- Rosenberger, Sieglinde/Katharina/Sauer, Birgit (2004) (Hrsg.): *Politikwissenschaft und Geschlecht: Konzepte – Verknüpfungen – Perspektiven*. Wien: WUV.
- Rosenbusch, Ute (1998): *Der Weg zum Frauenwahlrecht in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Rule, Wilma (1994): Parliaments of, by and for the people: except for women?. In: Rule, Wilma/Zimmerman, Joseph F. (Hrsg.): *Electoral Systems in Comparative Perspective: Their Impact on Women and Minorities*. Westport: Greenwood Press, S. 15–30.
- Sauer, Birgit (1994): Was heißt und zu welchem Zweck partizipieren wir? Kritische Anmerkungen zur Partizipationsforschung. In: Biester, Elke et al. (Hrsg.): *Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion*. Frankfurt: Campus, S. 99–130.
- Sauer, Birgit (2004): *Geschlecht als politikwissenschaftliche Analysekategorie: theoretische und methodische Überlegungen*. In: Hardmeier, Sibylle (Hrsg.): *Staat, Politik und Geschlecht. Genderforschung in der Politikwissenschaft*. Zürich: Universitätsverlag, S. 5–19.
- Schindler, Peter (1999): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, 1949 bis 1999: Gesamtausgabe in drei Bänden*. (Kapitel 3.11 Weibliche Abgeordnete, S. 634–661). Baden-Baden: Nomos.
- Scott, Joan W. (1986): Gender – a useful category in historical analysis. In: *American Historical Review* 91, No. 5, S. 1053–1075.
- Senti, Martin (1998): *Geschlecht als einheitsstiftende Kategorie? Das Abstimmungsverhalten von Frauen in gleichstellungspolitisch relevanten Sachfragen in der Schweiz*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50, S. 685–710.
- Statistisches Bundesamt (2004): *Datenreport 2004, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Teissier, Cécile (2002): *Gesetzliche Verwirklichung der Geschlechterparität bei französischen Wahlmandaten – Erste Anwendungserfahrungen*. In: *Zeitschrift für Parlamentarfragen* 33, No. 1, S. 115–124.
- Tohler, Christa (2002): *Parti – trois syllabes magiques. Oder: Wie Frankreich zur Geschlechterquote kam*. In: *Recht Richtung Frauen. Beiträge zur feministischen Rechtswissenschaft*, St. Gallen: Dike Verlag, S. 199–224.
- Weber, Ulla/Esch, Marion/Schaeffer-Hegel, Barbara (1998): *Politikern als Beruf. Ergebnisse einer Untersuchung zur politischen Bildung und Professionalisierung von Frauen für die Politik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* No. 22–23, S. 3–11.
- Werner, Tim C. (2003): *Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 nach Geschlecht und Alter. Ergebnisse der Repräsentativen Wahlstatistik*. In: *Wirtschaft und Statistik* 55, No. 3, S. 171–188.
- Westle, Bettina (2001): *Politische Partizipation und Geschlecht*. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 131–168.

europa.eu.int/comm/employment_social/women_men_stats/index_de.htm – Website zu Frauen und Männer in Entscheidungsprozessen mit stets aktueller Datenbank www.ipu.org – Die Interparlamentarische Union hält eine Übersicht über Frauen in allen Parlamenten der Welt aktuell und hat eine entsprechende bibliographische Datenbank dazu.

www.idea.int/gender/ – Eines der fünf Schwerpunktthemen des International Institute for Democracy and Electoral Assistance ist Frauen in der Politik.

www.fu-berlin.de/gpo – „Gender Politik Online“ ist ein Portal mit Lehrtexten zu Gender in den Sozialwissenschaften, mit politikwissenschaftlichem Schwerpunkt.

Kapitel 11

Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen

Claudia Wiedemann

1. Einleitung

In den vergangenen fünf Jahrzehnten hat sich Deutschland allmählich zu einem Einwanderungsland entwickelt. Betrug der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung 1955 lediglich rund ein Prozent, so liegt er heute bei rund acht Prozent. Mit einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 16 Jahren prägen Arbeitsmigranten und ihre Familienangehörigen, aber auch Aussiedler, Flüchtlinge und Asylbewerber inzwischen mit das Bild der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Zugleich gibt es auch unter den deutschen Staatsbürgern/-bürgerinnen immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund, wie z.B. Eingebürgerte nicht-deutscher Herkunft oder Kinder aus deutsch-ausländischen Ehen. Nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht erhalten zudem – unter bestimmten Voraussetzungen – Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft.

Es liegt in der Natur der Sache, dass Migrationsprozesse nicht immer konfliktfrei verlaufen. Die Politik steht folglich vor der Herausforderung, das Zusammenleben von „Inländern“ und „Ausländern“ möglichst befriedigend zu gestalten. Dabei kann es sicherlich nicht um eine einseitige Einordnung der Migranten in Staat und Gesellschaft gehen, vielmehr handelt es sich um einen Prozess der wechselseitigen Anerkennung. Soll das Zusammenleben gelingen, sind Integrationsleistungen sowohl der Mitglieder der Aufnahmegesellschaft wie auch der Migrantinnen und Migranten erforderlich.

Auf Seiten der Zuwanderer kommt den politischen Beteiligungsrechten dabei eine besondere Rolle zu, da eine aktive Teilnahme am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess die Integration zweifelsohne fördern kann. Wie also steht es um die politische Partizipation der Migranten? Haben sie daran überhaupt ein Interesse? Wenn ja, in welcher Art und Weise beteiligen sie sich? Und welche Unterschiede bestehen eventuell zwischen den verschiedenen Zuwanderungsgruppen, denn die ausländische Bevölkerung ist ja keineswegs homogen. Befragt man hierzu die durchaus umfangreiche Migrationsforschung, so zeigt sich schnell, dass das Thema der politischen Partizipation von Migranten – trotz seiner unbestrittenen Relevanz – bislang eher vernachlässigt wurde (Jungk 2002: 2; Santel 2002: 1). Vorrangig dominierten Einzelfallstudien, die oftmals lokal und/oder ethnisch beschränkt